

ÖDP-Antworten auf die Wahlprüfsteine von Animal Public e.V. zur Europawahl am 26.05.2019

Strukturelle Stärkung des Tierschutzes

Der gesellschaftspolitische Stellenwert des Tierschutzes wächst. Doch noch immer schlägt sich dies in den Verordnungen und Richtlinien der EU trotz der durch Art. 13 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) angeordneten Berücksichtigung von Tieren als „fühlende Wesen“ (mit schützenswerten Bedürfnissen und Interessen) nicht genügend nieder. Durch die Verteilung der Zuständigkeit für den Tierschutz auf verschiedene Ausschüsse und Generaldirektionen bekommt dieser unserer Ansicht nach nicht die Bedeutung und gesetzliche Umsetzung, die ihm zukommen sollte. Tierschutz sollte in erster Linie um der Tiere selbst willen betrieben werden. Ein EU-weites Tierschutzrahmengesetz könnte hier Abhilfe verschaffen.

Uns interessiert:

- *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sich der Status für Tiere als empfindungsfähige Lebewesen in Verordnungen und Richtlinien der EU deutlicher niederschlägt? Wenn ja, wie?*

Antwort der ÖDP: Tiere haben nach Überzeugung der ÖDP einen eigenen Rechtsstatus als Lebewesen. Als Konsequenz daraus sind Tierquälerei und Tierdiebstahl als Straftatbestände neu zu fassen und schärfer als bisher zu bestrafen.

- *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als ein wesentliches und eigenständiges Politikfeld anzuerkennen (ähnlich wie z.B. beim Umweltschutz)?*

Antwort der ÖDP: Für die ÖDP ist der Tierschutz ein eigenständiges Politikfeld. Diese Einstellung muss in der politischen Debatte konsequent vertreten werden. Gemäß Bundespolitischen Programm der ÖDP sollen überall bei Bund, Länder und Kommunen qualifizierte und unabhängige Tierschutzbeauftragte bzw. Tierschutzbeiräte, die über entsprechende rechtlich verbindliche Kompetenzen verfügen, für die Interessenvertretung von Tieren. Die ÖDP fordert auch Verbandsklagerecht für die anerkannten Tierschutzverbände in allen Bundesländern und auf Bundesebene – so wie es bereits für Umweltschutzverbände existiert.

- *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, ein EU-weites Tierschutzrahmengesetz auf den Weg zu bringen?*

Antwort der ÖDP: Ja, absolut. Unser EU-Abgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner hat sich in den vergangenen fünf Jahren insbesondere auch im Themenfeld Tierschutz engagiert:

<https://klaus-buchner.eu/tierschutz/>

<https://klaus-buchner.eu/category/tierschutz/>

<https://klaus-buchner.eu/category/tierschutz/page/3/>

Wildtierhandel

Jährlich werden mehrere Millionen lebenden Wildtiere (Reptilien, Amphibien, Fische und Säugetiere) für die Privathaltung in die EU importiert. Darunter viele vom Aussterben bedrohte Arten, die der freien Natur entnommen wurden. Der internationale Wildtierhandel gilt mittlerweile als eine der größten Gefahren für den Erhalt der Artenvielfalt. Problematisch ist zudem, dass viele der Tiere während des Fangs, des Transports, beim Händler oder schon nach sehr kurzer Zeit beim Halter aufgrund unzureichender Haltung oder Ernährung sterben. Tierschutzverbände und Veterinäre fordern daher schon lange die Einführung einer Positivliste, wie sie zum Beispiel schon in Belgien oder den Niederlanden existieren, die klar definieren welche Wildtiere von Privatpersonen gehalten werden dürfen. Die private Haltung exotischer Wildtierarten stellt zudem eine Gefahr für die hier heimischen Arten dar. So können ausgesetzte Tiere sich zu invasiven Arten entwickeln, wie bei Schmuckschildkröten geschehen oder neue Krankheiten einschleppen. So wurde der Pilz

Batrachochytrium dendrobatidis (Bd), auch als Chytridpilz bezeichnet, durch den Reptilienhandel aus Asien nach Europa gebracht und bedroht nun ganze Bestände. Wissenschaftler fordern daher schon länger ein Ende des Amphibienhandels.

Uns interessiert:

- *Wird sich Ihre Partei für ein Ende des kommerziellen Handels mit Wildfängen einsetzen?*

Antwort der ÖDP: Ja, das werden wir. Die ÖDP fordert ein Einfuhr- und Handelsverbot für Pelze und Reptillleder sowie für Produkte von Tieren, die unter das „Washingtoner Artenschutzabkommen“ fallen, z.B. Elfenbein, Horn vom Rhinoceros. Dazu brauchen wir ein europaweites Einfuhr- und Handelsverbot für Produkte, die auf tierquälerische Art und Weise gewonnen werden, wie z.B. Gänsestopfleber, Froschschenkel, Schildkrötenfleisch, Haifischflossen u.a. Analog gelten diese Forderungen natürlich erst recht für lebende (Wild-)Tiere.

- *Werden Sie sich für eine europaweite Positivliste einsetzen, so dass zukünftig nur solche Tierarten privat gehalten werden dürfen, deren tierschutzgerechte Haltung in Privathand möglich ist, die keine Gefahr für unbeteiligte Dritte darstellen und die keine potentiell invasiven Arten sind?*

Antwort der ÖDP: Ja, die Entwicklung der letzten Jahre macht deutlich, dass hier eine entsprechende gesetzliche Regelung erforderlich ist. Dabei sollte auch das Verbot des Amphibienhandels geprüft werden.

- *Werden Sie sich für die Einführung eines Gesetzes einsetzen, das den Handel mit Tierarten, die nationalrechtlich unter Schutz stehen und nicht legal exportiert wurden, unter Strafe stellt, vergleichbar mit dem Lacey Act?*

Antwort der ÖDP: Ja, siehe Antwort 1 in diesem Abschnitt.

Jagd

Jedes Jahr werden in der EU Millionen Tiere von Hobbyjägern getötet. Die Jagdmethoden sind sehr unterschiedlich. Praktiken, die in Deutschland schon lange verboten sind, werden in anderen Ländern noch praktiziert. Hinzu kommt, dass die Liste der jagdbaren Arten sehr divergieren.

Dies hat weitreichende Folgen, wie zum Beispiel die Jagd auf Zugvögel zeigt. Nicht nur, dass viele Jagdmethoden äußerst grausam sind, gefährdet die Jagd auf diese durchreisenden Arten in gleich mehreren Ländern ihren Erhalt.

In Folge intensiver Verfolgung galt der Wolf in Teilen Europas lange als ausgerottet. Mittlerweile breitet sich die Wolfspopulation aber wieder aus. Aufgrund des Schutzes durch gleich mehrere Artenschutzübereinkommen, sind die EU Mitgliedstaaten verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Wolfspopulation langfristig einen guten Erhaltungszustand erreicht. Obwohl dies noch nicht der Fall ist, fordern verschiedene Interessensgruppen immer wieder eine Änderung bestehenden Rechts, um den Abschuss von Wölfen möglich zu machen. Während das Überleben vieler Arten, wie Löwe, Elefant oder Nashorn ungewiss ist, werden jedes Jahr tausende Körperteile seltener und geschützter Tiere von europäischen Trophäenjägern importiert.

Uns interessiert:

- *Strebt Ihre Partei eine Vereinheitlichung des Jagdrechts in der EU an, um den Schutz der Wildtiere von quälerischen Jagdpraktiken zu verbessern?*

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert ein Verbot tierquälerischer Jagdmethoden, der quälerischen Fallenjagd sowie Verbot von Herstellung, Verkauf und Besitz von entsprechenden Fanggeräten. Dazu brauchen wir EU-einheitliche Regelungen.

• *Spricht sich Ihre Partei für ein generelles Verbot des Abschusses von Zugvögeln aus? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Wolf streng geschützt bleibt und der Abschuss verboten?*

Antwort der ÖDP: Die ÖDP hat sich bereits im EU-Parlament gegen den Vogelmord v.a. in den Mittelmeerländern eingesetzt. Wölfe sollen in der Europäischen Union streng geschützt sein. Aber: Um die Akzeptanz des Wolfes in Deutschland und in der EU weiter zu sichern, müssen Schäden von Wölfen und Maßnahmen zum Schutz der Nutztiere unbürokratisch und vollständig kompensiert werden.

• *Die EU-Staaten haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zum Import von Jagdtrophäen geeinigt. Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Jagdtrophäen geschützter Tiere einsetzen?*

Antwort der ÖDP: Ja, natürlich werden wir uns und unsere EU-Abgeordneten für die Unterstützung dieses Verbotes einsetzen.

Pelz

Rund 60 Prozent aller Pelztiere werden in Europa gehalten und gehäutet. Allein in den EU Mitgliedstaaten gibt es rund 5000 Pelzfarmen. Von den 63.100.000 Nerzen, die im Jahr 2017 für die Pelzgewinnung getötet wurden, stammen 85% aus europäischen Farmen. Die Haltungsbedingungen auf diesen Farmen sind grausam. Auf engstem Raum eingepfercht, haben die Nerze keine Möglichkeit ihre natürlichen Verhaltensweisen auszuleben. Rund 70% zeigen daher Stereotypen - schwere Verhaltensstörungen. Einige europäische Staaten haben bereits auf das unnötige Leiden der Tiere reagiert und die Pelztierhaltung vollständig verboten: Großbritannien, Österreich, Tschechien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kroatien, Mazedonien, die Niederlande, Norwegen sowie die Schweiz. Eine transparente Kennzeichnung von Pelzprodukten gibt es bislang nicht. Die seit 2012 geltende Textilkennzeichnungsverordnung schreibt lediglich bei Pelzen und Pelzbesätzen den vagen Vermerk „enthält nicht-textile Teile tierischen Ursprungs“ vor.

Uns interessiert:

• *Wird sich Ihre Partei für ein EU-weites Pelztierfarmverbot einsetzen? Wenn ja, wie?*

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert eine wesentlich wirksamere Kontrolle von Tierhaltung, Tierzucht und Tierhandel. Wir sind für ein Verbot von Qualzüchtungen, der Pelztierzucht, des Handels mit Tieren, die physisch oder psychisch quälenden und leidvollen Experimenten unterzogen wurden oder werden sollen, sowie artwidriger und qualvoller Veranstaltungen mit Tieren. Wir werden uns im EU-Parlament und bei den EU-Mitgliedsstaaten für eine entsprechende Gesetzesinitiative zum Verbot der Pelztierzucht einsetzen.

• *Wird sich Ihre Partei für eine erweiterte Kennzeichnungspflicht von Pelzen, die Tierart, Herkunftsland und "Produktion" des Pelzes klar benennt, einsetzen?*

Antwort der ÖDP: Ja, diese Forderung halten wir für dringend erforderlich, damit sich die Verbraucherinnen und Verbraucher besser informieren und somit selbst eine verantwortungsbewusste Entscheidung treffen können.

Elfenbein

Die Anzahl der afrikanischen Elefanten ist in den letzten 10 Jahren um 30% zurückgegangen. Hauptursache ist die Wilderei. Jeden Tag werden schätzungsweise 96 Elefanten ihrer Stoßzähne wegen getötet, das sind 35.000 Tiere pro Jahr. Bei nur noch 415.000 verbliebenen afrikanischen Elefanten wird es in 10 Jahren vielleicht keine Tiere in Freiheit mehr geben. Die EU ist mit Abstand der größte Elfenbeinexporteur und trägt damit maßgeblich zum Elfenbeinschmuggel zwischen Afrika und Asien bei. Grund dafür ist das EU-Recht – dieses erlaubt den freien Handel von verarbeitetem

Elfenbein aus der Zeit vor 1947. Eine umfassende Überprüfung der gehandelten Ware im Hinblick auf das Alter ist allerdings kaum möglich, was zur Folge hat, dass der illegale Handel floriert. Nur ein flächendeckendes Verbot des Handels mit Elfenbein jeden Alters hilft, der Wilderei Einhalt zu gebieten und den Schmuggel zu begrenzen. Eine Umfrage unter EU-Bürgern in 15 Mitgliedsstaaten ergab, dass sich die Befragten mit klarer Mehrheit für ein vollständiges Elfenbeinhandelsverbot in der EU aussprechen.

Uns interessiert:

- *Lehnt Ihre Partei den Handel mit Elfenbein ab? Wenn nein, warum?*

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert ein Einfuhr- und Handelsverbot für Pelze und Reptillleder sowie für Produkte von Tieren, die unter das „Washingtoner Artenschutzabkommen“ fallen, z.B. Elfenbein, Horn vom Rhinoceros. Dazu brauchen wir ein europaweites Einfuhr- und Handelsverbot für Produkte, die auf tierquälerische Art und Weise gewonnen werden, wie z.B. Gänsestopfleber, Froschschenkel, Schildkrötenfleisch, Haifischflossen u.a.

- *Setzt sich Ihre Partei aktiv für ein Verbot des Handels mit Elfenbein in der EU ein? Wenn ja, wie?*

Antwort der ÖDP: Ja natürlich, siehe oben.

Haltung von Tieren in Zoos

In der Europäischen Union gibt es Schätzungen zufolge über 3.500 zoologische Einrichtungen, die Millionen Wildtiere aus aller Welt halten. Im Jahr 1999 trat die sogenannte EU-Zoo-Richtlinie in Kraft (1999/22/EG), die sicher stellen soll, dass Zoos ihre Tiere unter angemessenen Bedingungen halten, einen Beitrag zum Schutz bedrohter Arten leisten und zur Aufklärung der Bevölkerung über den Artenschutz beitragen. Eine im November 2018 von der EU-Kommission veröffentlichte Evaluierung, zeigt, dass diese Ziele nicht erreicht werden. Sowohl beim Artenschutz, als auch bei den Tierhaltungsstandards gibt es Handlungsbedarf. Untersuchungen von Tierschützern zeigen, dass insbesondere bei der Haltung von Delfinen und Walen in Gefangenschaft Handlungsbedarf besteht, da die Haltungsbedingungen grundsätzlich im Widerspruch zu den Maßgaben der EU-Zoo-Richtlinie stehen.

Uns interessiert:

- *Setzt sich Ihre Partei für eine Präzisierung (im Sinne von Verbesserungen der Haltungsbedingungen für Zootiere nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft) der EU-Zoorichtlinie ein? Wenn ja, wie?*

Antwort der ÖDP: Wir setzen uns für ein gesetzliches Verbot von exotischen Tieren und Wildtieren in Zirkus-Unternehmen ein. Darüber hinaus müssen die Zirkus-Unternehmen stärker bei der Verbesserung der Haltungsbedingungen von Zootieren unterstützt werden.

- *Setzt sich Ihre Partei für ein Ende der Haltung von Walen und Delfinen in Gefangenschaft ein? Wenn ja, wie?*

Antwort der ÖDP: Ja, hier müssen entsprechende gesetzliche Regelungen auf der EU-Ebene beschlossen werden.

- *Befürworten Sie die Anerkennung der Grundrechte Großer Menschenaffen?*

Antwort der ÖDP: Ja, dies können wir uns vorstellen, setzt jedoch eine umfassende Diskussion und Aufklärung der Bevölkerung voraus.

Tierversuche

Tierversuche sind grausam und unnötig. Umfragen belegen immer wieder, dass die Bürgerinnen und Bürger Tierversuchen gegenüber sehr kritisch bis ablehnend eingestellt sind. Dennoch werden nur geringe Mittel in die Entwicklung von Alternativen investiert.

Die EU-Tierversuchsrichtlinie verbietet die Durchführung von Tierversuchen, die voraussichtlich länger andauernde und nicht zu lindernde starke Schmerzen, schwere Leiden oder Ängste auslösen. Ziel der Richtlinie ist eine Schmerz-Leidensobergrenze, ab welcher ein Tierversuch unter keinen Umständen genehmigungsfähig ist. Derartige Versuche sind innerhalb des Schweregrads 3 (schwer) angesiedelt. Gleichzeitig wird den Mitgliedstaaten eine Ausnahmemöglichkeit eingeräumt, wonach von diesem grundsätzlichen Verbot abgesehen werden kann.

Uns interessiert:

- *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Tierversuche generell stärker zu reglementieren? Wenn ja, wie?*

- *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Anzahl an Tierversuchen zu verringern? Wenn ja, wie?*

Antwort der ÖDP zu den o.a. zwei Fragen: Wir setzen uns für ein Verbot aller physisch oder psychisch quälenden und leidvollen Experimente an und mit Tieren ein. Bis zur Abschaffung sämtlicher Tierversuche brauchen wir eine signifikante Reduktion von Tierversuchen.

- *Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) einsetzen? Wenn ja, wie?*

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert die tierversuchsfreie Forschung in Höhe von mindestens 80 Mio. Euro pro Jahr zu unterstützen. Diese Forderung muss im Haushalt eingestellt werden. Nach Auffassung der ÖDP müssen bei den entsprechenden Beratungen über die Vergabe von Fördermitteln diese u.a. daraufhin geprüft werden, ob diese ethisch vertretbar sind und einer nachhaltigen Entwicklung zumindest nicht im Wege stehen und diese im Idealfall unterstützen.

- *Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen für Haushaltsmittel einsetzen?*

Antwort der ÖDP: Ja, diese Tierversuche sind absolut unnötig.

- *Wird sich Ihre Partei für ein generelles Verbot von Tierversuchen mit dem Schweregrad 3 (schwer) ohne Ausnahmen einsetzen?*

Antwort der ÖDP: Ja, diese Tierversuche sind ethisch nicht vertretbar. Siehe auch die o.a. Antwort auf die ersten beiden Fragen.

- *Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen an Primaten einsetzen?*

Antwort der ÖDP: Die ÖDP, die sich als politischer Arm der Tierschutzbewegung sieht, fordert ebenfalls u.a. ein Verbot von Versuchen an Menschenaffen und solchen, die schweres Leid verursachen sowie klare Regelungen Tierversuche vollständig durch tierversuchsfreie Verfahren zu ersetzen.

Erhalt natürlicher Ressourcen

Jedes zehnte bestäubende Insekt steht kurz vor dem Aussterben und ein Drittel der Bienen und Schmetterlingsarten ist rückläufig. Laut einer aktuellen Studie verschwinden jährlich zwei Prozent der Insekten weltweit. Viele insektenfressende Vogelarten sind daher vom Aussterben bedroht. Ursachen für das drastische Insektensterben ist neben der Zerstörung von natürlichem Lebensraum, der Einsatz von Giften in der Landwirtschaft.

Trotzdem hat die EU Ende 2017 den hoch umstrittenen Wirkstoff Glyphosat für weitere fünf Jahre zugelassen, der nicht nur maßgeblich zur Vernichtung der Lebensräume von Insekten beiträgt, sondern einer Studie zufolge auch ganz direkt das Verdauungssystem der Honigbienen schädigt.

Aufgrund des dramatischen Insektensterbens hat die Europäische Kommission eine erste EU-Initiative zur Bekämpfung des Rückgangs wildlebender bestäubender Insekten auf den Weg gebracht. Bis Ende 2020 will die Kommission die Fortschritte bei der Umsetzung überprüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorschlagen.

Uns interessiert:

- *Wird sich Ihre Partei für ein Verbot gefährlicher Pestizide einsetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*

Antwort der ÖDP: Wir fordern die Einführung einer Steuer auf Pflanzenschutzmittel mit dem Ziel, deren Einsatzmengen zu minimieren und die Einbeziehung dieser Steuer in die Steuerreform für Arbeit und Umwelt. Wir wollen ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln, die als Wirkstoff oder Metabolit im menschlichen Organismus oder im Grundwasser wiederholt nachweisbar waren (z.B. Glyphosat). Dazu brauchen wir die Reform der intensiven Landwirtschaft zum Abbau der Bodenvergiftung, der Bodenverdichtung, der Bodenerosion und Überdüngung. Ziel ist der Aufbau von gesundem, nährendem, lebendigem Boden.

- *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Glyphosat in Zukunft nicht mehr von der EU zugelassen wird?*

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert seit langem ein Verbot von Glyphosat und anderen Totalherbiziden, da diese negativen gesundheitliche Auswirkungen für Mensch, Tier und Natur haben. Daher darf dies in der EU nicht mehr zugelassen sein.

Abschließende Frage

Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Antwort der ÖDP: Die ÖDP fordert Transporte von lebenden Nutztieren nur über kurze Distanzen. Außerdem wird sich die ÖDP für die Aufnahme von Tierrechten in die EU-Verträge einsetzen.

Für den Bundesverband der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)
Dr. Claudius Moseler, Generalsekretär
Mainz, den 21.04.2019